

Stadtpunkte 1|23



IM FOKUS

Aktuelle Herausforderungen
für NRW-Kommunen

Städte klagen wegen Finanzgesetz
gegen das Land

AUS DEN STÄDTEN

KDN und „Open.NRW“ bieten
breites Beratungsangebot zu Open
Government & Open Data

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Schloss Neersen: Zeugnis bewegter
Geschichte in Willich



Aktuelle Herausforderungen für NRW-Kommunen

Welche Herausforderungen kommen 2023 auf die NRW-Kommunen zu? Diese Fragestellung stand im Mittelpunkt eines Interviews des Vorsitzenden des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen aus Essen am 5. Januar im Landespolitischen Magazin Westblick auf WDR 5. Moderator war Wolfgang Meyer:

Meyer | (...) Wir sprechen über die Altschulden der Kommunen. 22 Milliarden Euro haben sich da angehäuft und (...) es gibt so eine Idee, die auch von Ihnen, hallo, Herr Kufen, stammt. Nämlich diesen Altschuldenfonds. Ich habe das so verstanden, alle packen ihre Schulden auf einen Haufen, man handelt einen günstigen Zinssatz aus und alle profitieren. Kann man das so stehen lassen, diese Erklärung?

Kufen | Im Prinzip ist das so. Denn in der Tat haben viele Kommunen gerade in Nordrhein-Westfalen diese Altschulden aufgetürmt, das sind vor allem Soziallasten. Das trifft vor allem die Städte, die sowieso eine große Last zu tragen haben mit Blick auf Arbeitslosigkeit, aber auch Unterstützung von Familien in prekären Situationen und da türmt sich das einfach auf. Und die Wahrheit ist, drei Landesregierungen haben das Thema immer wieder thematisiert, aber eine Lösung ist noch nicht da. Mit Blick auf steigende Zinsen wird's auch immer teurer, das Problem zu lösen. Und deshalb ist es besser, wir lösen es jetzt.

Meyer | Ihre Vorstellung wäre, dass sich dann an diesem Fonds Bund und Länder beteiligen?

Kufen | Ja, das ist die Idealvorstellung, dass die Bundes- und Landesregierung ihren Beitrag stemmen, damit wir als Kommunen entlastet werden. Damit wir die Hände wieder frei haben für die alltäglichen Arbeiten, die wir zu leisten haben. Denn wir sehen uns ja in den Kommunen mit unserer Bevölkerung einer Multikrise ausgesetzt. Da werden wir weiter investieren müssen: in Bildungsinfrastruktur, in den Schutz des Klimas, in die Mobilitätswende, und und und. Da gibt es viele Themen. Aber wenn die Zinsen weiter steigen, dann werden wir am Ende von der Heckwelle erwischt und können die Aufgaben gar nicht stemmen.

Meyer | Nun müsste man ja schon wirklich blind sein oder bewusst weggucken in Berlin, um das tatsächlich nicht zu sehen. Wir berichten da ja jetzt auch schon seit einiger Zeit darüber. Welchen Druck können Sie als Städtetag oder Kommunen denn machen?

Kufen | Wir machen auf das Thema aufmerksam. Zum Beispiel auch mit Interviews bei sehr wichtigen Sendern, wie Ihrem zum Beispiel. Darüber hinaus sind wir dabei, um dieses Thema zu werben. Irgendwie habe ich den Eindruck, verstanden haben es auch alle auf Bundes- und Landesebene. Es findet sich auch immer wieder in Koalitionsvereinba-



Foto: Achim Wagner stock adobe.com

rungen auf NRW-Ebene wieder. Und am Ende hat man dann doch nicht den Schritt gemacht in der Vergangenheit, um wirklich den Kommunen zu helfen. Die Wahrheit ist auch: Es betrifft nicht alle Kommunen, es betrifft auch nicht alle Bundesländer, um mit so einem speziellen Thema auch auf der Berliner Ebene durchzudringen. Es ist nicht ganz einfach. Aber noch einmal: Gerade die Städte an Rhein und Ruhr leisten insbesondere bei der Unterbringung von Flüchtlingen, bei der Integration von Zugewanderten eine Aufgabe nicht nur für die Städte, sondern für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt (...).



Foto: Ralph Schuthelms

„Gerade die Städte an Rhein und Ruhr leisten insbesondere bei der Unterbringung von Flüchtlingen, bei der Integration von Zugewanderten eine Aufgabe nicht nur für die Städte, sondern für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt“.

Thomas Kufen
Oberbürgermeister
der Stadt Essen

Meyer | Sie zählen jetzt schon die Themen auf. Dröseln wir das mal auf. Sie haben die Unterbringung von Flüchtlingen schon erwähnt. Wie sehr sind sie da am Limit als Kommunen?

Kufen | (...) wir haben eine Situation, dass die Aufnahme der Geflüchteten im Jahr 2022 ein Vielfaches von dem überstiegen hat, was wir 15/16 erlebt haben. Und da waren wir in der Tat ja an der Aufnahmegrenze in vielen Städten, sodass wir Zelte aufbauen mussten, dass wir Messehallen in Beschlag genommen haben, dass wir Turnhallen belegt haben. Das Bild sehen wir jetzt wieder in einigen großen Städten. Noch nicht flächendeckend, das ist ein großer Unterschied. Obwohl mehr Menschen zu uns gekommen sind, jetzt aus der Ukraine als damals zum Beispiel aus Syrien, erleben wir eine große Welle der Aufnahmebereitschaft. Viele Menschen aus der Ukraine sind privat untergekommen. Aber auch da merken wir, dass dort die Kapazitäten an die Grenzen kommen und dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen übrigens auch an der Stelle nicht den Verpflichtungen bisher nachgekommen ist, wie sie das 15/16 getan hat mit der Bereitstellung auch von Landesplätzen in ihren Einrichtungen.

Also wie sieht es aus? Der Reservetank ist rot und das schon seit längerem und deshalb brauchen wir Unterstützung von Bund und Land finanziell, aber auch, was weitere Plätze angeht. Sodass unsere Hoffnung ist, (...) dass wir in die Kommunen wirklich nur die Menschen verteilt bekommen, die auch eine Bleibeperspektive haben. Und mit dem Blick auf die Ukraine, wo wir eine Ausnahmesituation haben durch den russischen Angriffskrieg, dass wir unsere Solidarität weiterhin auch einlösen können, die wir versprochen haben.

Meyer | Viele dieser Herausforderungen, die Sie als Städte und Gemeinden stemmen müssen, sind nicht neu, haben wir immer wieder drüber berichtet. Aber sie scheinen ja von außen betrachtet durchaus größer zu werden und das, was Sie so erzählen, bestätigt das ja. Nehmen wir mal das zweite Beispiel, was Sie schon angesprochen haben.



Das Thema Wohngeld. (...) Ist das zum Beispiel ein Thema, wo der Schuh besonders drückt?

Kufen | (...) Wir sehen uns einer Multikrise ausgesetzt. Es ist nicht die eine Krise und dann ist sie vorbei und dann kommt irgendwie die nächste. Sondern sie türmen sich auf – kleiner Hinweis: Auch Corona ist noch nicht vorbei – und mit Blick auf das weitere Infektionsgeschehen und auch Krankheitsstände auch in öffentlichen Verwaltungen müssen wir den Dienstbetrieb aufrechterhalten. Wir haben darüber hinaus – wie alle – nicht nur mittlerweile einen Fachkräftemangel, manchmal einen regelrechten Arbeitskräftemangel, unsere Stellen kriegen wir gar nicht besetzt. Und dann kommt der Gesetzgeber in Berlin und sagt Wohngeld: Die Begünstigtenkreise erweitern wir, verdreifachen wir. Aber auch diese Anträge müssen ja entgegengenommen, geprüft werden (...).

Meyer | Spricht man da eigentlich nicht mit Ihnen in Berlin? Gibt es da keine Kommunikationswege? Man kann ja zum Beispiel telefonieren.

Kufen | Wir sitzen als Kommunen nicht mit am Tisch, das machen die Länder. Und die Länder haben das auch gegenüber dem Bund immer deutlich gemacht. Aber lange Rede, kurzer Sinn: Am Ende haben die Länder auch dem großen Paket im Bundesrat zugestimmt. Und man sagte dann, wir helfen euch,

wir kriegen das irgendwie hin. Wir kriegen das auch irgendwie hin, wie wir es in der Vergangenheit immer hinbekommen haben. Aber die Erwartungshaltung, dass, wer jetzt dringend Geld braucht, weil die Heizkostenrechnung kommt, einen Antrag bei uns einreicht, der auch begründet und berechtigt ist, dann sofort auch dazu führt, dass man Geld auf dem Konto hat: Ja, so leicht ist es dann doch nicht in Deutschland. Und da warnen wir einfach vor der übertriebenen Erwartung, dass dort schnell geholfen werden könnte. (...) Es wird keine Härtefälle geben, wir werden das irgendwie hinkriegen, aber schön ist das nicht. Das sind übrigens auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Coronazeit besonders herausgefordert waren.

Meyer | Nehmen wir noch einmal Corona, weil Sie es gerade ansprechen. Zwei Jahre haben wir alle jetzt hinter uns. Das hat unter anderem – nehmen wir ein Beispiel heraus – auch den Einzelhandel stark belastet. Was macht das mit den Innenstädten, zum Beispiel von Essen?

Kufen | Unsere Innenstadt ist da nicht anders als viele andere. Das Thema Einkaufen allein trägt heute nicht mehr. Das hat der Online-Handel ein Stück aufgenommen, was dort an Kaufkraft da war, was auch an Frequenz da gewesen wäre. Insofern haben wir uns auch schon vor Corona Gedanken gemacht, ganz konkret in Essen, wie können wir

unsere Innenstadt neu aufstellen? Aber dann kam Corona mit den Schließungen und auch mit den Einschränkungen im Einzelhandel. Das war wie ein Verstärker. Das war noch einmal eine deutliche Beschleunigung. Wir haben eine Entwicklung jetzt in wenigen Monaten gesehen, die sonst noch Jahre gedauert hätte. (...) Das heißt, unsere Innenstädte müssen sich flächendeckend neu erfinden. Wenn das Einkaufen nicht mehr ist oder nicht allein ist, was ist denn dann? Also Trendforscher sagen, Essen - Restaurants, Kneipen und Bar - treten an die Stelle. Das Einkaufen muss immer mehr ein Event sein (...). Ja und natürlich die Aufenthaltsqualität. Wir haben unsere Innenstädte so gestaltet, dass man möglichst schnell Geschäfte erreichen kann, von A nach B. Unsere Einkaufsstraßen (...) können die großen Besucherströme aufnehmen. Das ist es aber heute nicht mehr, sondern die Bürger wollen verweilen, sie wollen Aufenthaltsqualität und wir wollen eine Innenstadt für alle (...).

Meyer | Herr Kufen, Krise ist ja immer ein Zeichen von Wandel. Sie sprechen sie auch an. (...) Wenn man das jetzt mal gesamt betrachtet und wir schauen ja gerade, wir haben den 5. Januar, auf dieses angebrochene Jahr. Wo ist kommunal gesprochen das Licht am Horizont? Wo gibt es positive Entwicklungen?

Kufen | Also erst einmal, wer sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagiert oder auch hauptamtlich, das geht übrigens nicht ohne auch nur ein Gürtelmaß an Optimismus mitzubringen und auch ins Machen und auch ins Gelingen verliebt zu sein. Sonst würde sich ja auch niemand finden für diese Aufgaben. (...) Kommunalpolitik in einer großen Stadt ist wahrscheinlich eine der herausforderndsten politischen Aufgaben insgesamt in der Bundesrepublik Deutsch-

land, der man sich stellen kann. Denn wie unter einem Brennglas haben sie alle Themen in den großen Städten. Wachsen und Schrumpfen, Integration und Inklusion mit klammen Mitteln. Darüber hinaus eben noch die veränderte Innenstadt, das Thema Gesundheit, Krankenhäuser und ähnliches. Also es steht und fällt mit einer guten finanziellen Ausstattung der Kommunen. Damit wir auch eine attraktive Arbeitgeberin sind als die Stadt. Insofern hängt da vieles zusammen, da bin ich wieder am Anfang. Es wäre gut, wenn wir die Altschulden endlich gelöst kriegen, damit wir uns mit den Zukunftsthemen besser beschäftigen können. Denn eine Krise haben wir ja noch gar nicht angesprochen. Auch das Weltklima hält nicht die Luft an, nur weil wir plötzlich mit anderen Themen beschäftigt sind. Wir werden unsere Städte fitter machen für die Klimaanpassung, für den Klimawandel. Wir wollen grüner werden, wir müssen den ÖPNV ausbauen, Radwege ausbauen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltungen mit Aufträgen, die wir rausgeben und am Ende auch mit einer guten Ausstattung die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Also der Tag ist schnell rum, als Oberbürgermeister, das sag ich Ihnen.

Meyer | Das glaub ich Ihnen, und das Jahr hat gerade erst begonnen. Das heißt Sie haben in diesem Jahr noch eine Menge zu tun. Thomas Kufen war das, der Oberbürgermeister von Essen und der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Städtetages. Danke schön, dass Sie sich Zeit genommen haben für uns.

Kufen | Herzlichen Dank und gutes neues Jahr noch!

https://t1p.de/WDR5_Interview_OB_Kufen

Städte klagen wegen Finanzgesetz gegen das Land

Unsere Mitgliedsstädte Bonn, Bottrop, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Münster, Solingen und Wuppertal haben zum Ende des Jahres beim Verfassungsgerichtshof des Landes Verfassungsbeschwerde eingelegt. Sie klagen stellvertretend für alle kreisfreien Städte in NRW wegen Ungleichbehandlung im kommunalen Finanzausgleich des Landes. Der Städtetag NRW unterstützt die Klage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) für das Jahr 2022. Wann die Beschwerde verhandelt wird, ist aktuell noch nicht bekannt.

Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, sagte der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zum Grund der Verfassungsbeschwerde:

„Die Städte wehren sich dagegen, dass das Land sie bei der Verteilung von Landesmitteln benachteiligt. Das Land tut so, als ob diese Städte aus freien Stücken höhere Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer festlegen können, nur weil sie kreisfrei sind. Das hat zur Folge, dass ihnen mehr eigene Steuereinnahmen zugerechnet werden als dem ländlichen Raum. Sie erhalten dadurch weniger Schlüsselzuweisungen und müssen mehr Landschaftsumlage zahlen. Das ist nicht akzeptabel. Dies zeigt auch die Expertise des von den klageführenden Städten beauftragten Finanzwissenschaftlers Prof. Dr. Thies Büttner.

Es ist richtig, dass kreisfreie Städte im Durchschnitt höhere Hebesätze bei den Grundsteuern und der Gewerbesteuer nehmen als kreisangehörige Gemeinden. Dies liegt aber daran, dass die Städte in den vergangenen Jahren zu diesem Schritt gezwungen waren, um ihre steigenden Ausgaben überhaupt decken zu können. Beson-

ders verschuldete Kommunen wurden sogar von der Kommunalaufsicht angehalten, ihre Hebesätze zu erhöhen. Nun unterstellt ihnen das Land ein besseres ‚Steuerhebungspotenzial‘ und sie sollen deshalb weniger Mittel aus dem Landestopf erhalten.

Insbesondere bei der Grundsteuer B zeigt es sich deutlich: Städte mit besonderen Konsolidierungspflichten müssen aufgrund ihrer Haushaltsnotlage um bis zu 100 Prozentpunkte höhere Hebesätze veranschlagen. Die Kreisfreiheit hat dagegen keinen Einfluss auf die Höhe der Hebesätze.



Foto: Laurence Chaperon

„Die Städte wehren sich dagegen, dass das Land sie bei der Verteilung von Landesmitteln benachteiligt.“

Helmut Dedy
Geschäftsführer Städtetag NRW



Das Land hat dadurch die vom Verfassungsgerichtshof NRW gesetzten Maßstäbe für den kommunalen Finanzausgleich verletzt: Es hat nicht ausreichend geprüft, ob tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der Kreisfreiheit und der Höhe der Hebesätze besteht. Es hat übersehen, dass die Höhe der Hebesätze auf den erheblichen Konsolidierungsdruck in den Städten zurückzuführen ist. Und darüber hinaus hat es ignoriert, dass selbst der Gutachter des Landes einen höheren Bedarf der kreisfreien Städte erkannt und auf 200 Millionen Euro bemessen hat.“

Hintergrund:

Die Schlüsselzuweisungen sollen die Grundfinanzierung der Städte sichern. Ein Teil der Steuereinnahmen des Landes werden an die Städte weitergeleitet. Bei der Verteilung ist die Landesregierung aber nicht frei. Die Ver-

teilung muss die unterschiedlichen Bedarfe und die unterschiedliche Steuerkraft der Städte berücksichtigen. Das bedeutet: Eine Stadt, die hohe Bedarfe oder eine geringe eigene Steuerkraft hat, bekommt mehr Mittel als Städte mit weniger Bedarfen und einer eigenen großen Steuerkraft.

Mit dem GFG 2022 hat der Gesetzgeber bei der Ermittlung der Steuerkraft erstmalig zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden differenziert, obwohl die Schlüsselzuweisungen einheitlich bestimmt werden. Im Ergebnis führt das zu einer Umverteilung mit einem Volumen von 110 Millionen Euro vom kreisfreien in den kreisangehörigen Raum. Hinzu kommt noch eine Erhöhung der Landschaftsumlage, die sich auf insgesamt rund 10 Millionen Euro beläuft.

Titelfoto: Eisiges Winterwetter rund um Schloss Neersen in Willich.

Die Geschichte des Bauwerks thematisiert Bürgermeister Christian Pakusch am Ende dieser Ausgabe in der Rubrik „Gern gesehen“.

Solche bedeutsamen Ensembles, Boden-, Bau-, Garten- oder Industriedenkmale oder historischen Kulturlandschaften können bis zum 15. März für den Deutschen Denkmalschutzpreis (DNK) 2023 vorgeschlagen werden, wenn für ihren Erhalt oder für ihre Vermittlung Herausragendes geleistet worden ist. www.deutscher-preis-denkmalschutz.de.

(Foto: Michael Pluschke/Stadt Willich)

KDN und „Open.NRW“ bieten breites Beratungsangebot zu Open Government & Open Data

Eine offene und transparente Verwaltung bringt viele Vorteile mit sich. Eine optimierte Teilhabe der Bevölkerung sowie eine intensivere Zusammenarbeit und stärkere Gemeinschaft sind nur drei Ziele, die durch Open Government-Projekte forciert werden. In der KDN-Beratungsstelle „Open Government / Open Data“ finden Kommunen aus Nordrhein-Westfalen Unterstützung bei Fragen rund um das Thema Bürgerbeteiligung und die Veröffentlichung von Verwaltungsdaten. Die Kommunen können sich an die Beratungsstelle wenden, wenn sie Informationen, Unterstützung und Kontakte zu anderen Verwaltungen in den beiden genannten Bereichen suchen.

Grundlage für das Angebot ist eine Kooperation zwischen dem KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister und der Geschäftsstelle „Open.NRW“ im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW (MHKBD).



Foto: Delia Sedlmeier

Kompetent und nah

Ein Tätigkeitsbereich der Beratungsstelle ist das Beteiligungsportal „Beteiligung NRW“, das allen Kommunen sowie den Bürgerinnen und Bürgern in NRW seit Februar letzten Jahres kostenfrei zur Verfügung steht. Das Portal bietet allen Kommunen eine umfassende Basis für verwaltungsinitierte

Bürgerbeteiligungen. Die Unterstützung durch die Beratungsstelle mit Informationen, regelmäßigen Anwendertreffen sowie fachlicher Unterstützung für Sachbearbeitende stößt auf großes Interesse: Bereits mehr als 100 Kommunen in NRW nutzen das Portal. Die drei meistgenutzten Themen sind „Räumliche Entwicklung“, „Verkehr und Mobilität“ sowie „Umwelt und Klima“. Im Bereich Open Data unterstützt die Beratungsstelle die „Digitale Souveränität“ mit Musterklauseln für alle, die Software beschaffen oder ausschreiben sowie öffentliche Verträge mit Dienstleistern schließen, um Daten im Auftrag der Verwaltung erheben oder bereitstellen zu lassen: Dabei steht das Ziel der Sicherung der Verfügungsgewalt über die Datennutzung an erster Stelle.

Erfolg durch Vernetzung

„Offene Schnittstellen“ ist ein wichtiges Thema im Bereich Open Data. Bei der Beratungsstelle können sich Kommunen über den aktuellen Stand der Entwicklungen vor allem in den Bereichen offene Anliegenschnittstellen, Ratsinformationsschnittstellen, offene Infrastrukturdatenmodelle (z. B. Points of Interest, insbesondere für Tourismusgebiete) und offene Haushaltsdaten informieren. Ebenso stehen Einblicke in den Stand von offenen Wahldaten zur Verfügung.

Für weitere Informationen zu Open Government- und Open Data-Themen können Sie sich wenden an Costa Stucken, Open Government-Berater im Kompetenzzentrum Digitalisierung:

costa.stucken@kdn.de

www.kdn.de



Jugend.Kultur.Preis NRW 2023

Kinder und Jugendliche sowie Gruppen, Initiativen, freie und öffentliche Träger können sich ab sofort für den landesweiten Jugend.Kultur.Preis NRW bewerben. Ausgezeichnet werden Projekte kultureller Bildung, die den Blick öffnen, was junge Menschen bewegt und begeistert. Es werden Preisgelder in Höhe von insgesamt 15.000 Euro vergeben. Die Preisverleihung findet am 16. Juni statt.



www.jugendkulturpreis.de

Interkultur Ruhr 2023

Für den Förderfonds Interkultur Ruhr des Regionalverbandes Ruhr (RVR) können ab sofort Anträge gestellt werden. Insgesamt stehen 200.000 Euro für künstlerische, soziokulturelle und interdisziplinäre Initiativen des interkulturellen Zusammenlebens und solidarischen Miteinanders zur Verfügung. Explizit zur Antragstellung eingeladen sind Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte.

www.interkultur.ruhr

Landeswettbewerb ways2work startet

Um bis 2045 die gewünschte Klimaneutralität zu erreichen, müssen Wege zur Arbeit, Dienstwege sowie Kunden- und Lieferverkehre nachhaltiger gestaltet werden. Mit dem Wettbewerb ways2work will das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW Projekte unterstützen, die diesen Wandel voranbringen. Bewerben können sich Städte in Kooperation mit überbetrieblichen Gemeinschaften ansässiger Unternehmen.

www.ways2work.nrw





Foto: STAWAG

Aachen: Stadtwerke bieten Windparkbeteiligung

Die Stadtwerke Aachen bieten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt an, sich an einem Windparkprojekt des Unternehmens zu beteiligen und damit in klimafreundliche Energieversorgung zu investieren. So sollen 6 Millionen Euro für Investitionen zusammenkommen. Bis 2030 wollen die Stadtwerke ganz Aachen klimaneutral mit Strom versorgen.

www.buergerbeteiligung.stawag.de

Oberhausen: Fotoausstellung „Natur auf dem Weg zurück“

Das RVR-Besucherzentrum Haus Ripshorst in Oberhausen zeigt aktuell die „natürliche“ Seite der Industrieregion Ruhr. Die Ausstellung „Natur auf dem Weg zurück“ dokumentiert mit Fotos des Essener Fotografen Andreas Jäger die Rückeroberung industrieller Flächen durch die Natur. Die Ausstellung ist bis zum 27. März kostenfrei zu sehen.



©RVR Wiciok

<http://www.ripshorst.rvr.ruhr>



Illustratorin Liliane Oser

Bibliothek des Jahres 2023 gesucht

Bis zum 31. März läuft die Bewerbungsphase für den Preis „Bibliothek des Jahres 2023“. Der Preis wird vom Deutschen Bibliotheksverband und der Deutsche Telekom Stiftung vergeben. Prämiert wird vorbildliche und innovative Bibliotheksarbeit unter Nutzung von digitalen Angeboten und Services. Die Auszeichnung ist mit 20.000 Euro dotiert. Bewerben können sich Bibliotheken aller Sparten und Größen.

www.bibliotheksverband.de/auszeichnungen



Foto: Michael Pluschke/Stadt Willich

Schloss Neersen: Zeugnis bewegter Geschichte in Willich

Wer heute das Schloss Neersen besucht, sieht ihm seine bewegte Geschichte kaum an: Das Schloss, gelegen in einem wunderschönen, weitläufigen Park im kleinsten der vier Willicher Stadtteile, entstand als „Motte“ (eine von Wasser umgebene Insel) vor etwa 800 Jahren.

Heute dient das Schloss als Verwaltungszentrum und kultureller Mittelpunkt: Unter anderem sehen hier allsommerlich rund 20.000 Zuschauer die Festspiele Schloss Neersen. Stichwort bewegte Geschichte: Nach dem Tod des letzten residierenden Grafen Virmond 1744 wurde das Schloss Sitz der Kurkölnischen Verwaltung. Nach dem Ende des Ancien Regime richtete ein Gladbacher Industrieller eine Baumwollspinnerei

ein; nach der Explosion einer Dampfmaschine brannte es 1859 bis auf die Grundmauern nieder. Nach 1945 wurde das Schloss als Kindererholungsheim des DRK genutzt. 1971 schließlich erwarb die Stadt das Schloss, beschloss Wiederaufbau und Ausbau zum Verwaltungssitz. Prachtstück ist fraglos der große Ratssaal im ersten Obergeschoss mit Ahnengalerie der Virmonds – Ratssitzungen, Empfänge und Konzerte finden hier einen würdigen Rahmen. Außerdem steht im Ostflügel ein elegantes Trauzimmer jedem zur Verfügung, der „auf Schloss Neersen“ den Bund fürs Leben schließen möchte.

Christian Pakusch
Bürgermeister
der Stadt Willich



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder,
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Januar/Februar 2023